

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 RM. im voraus zahlbar. Für Postbezugsnehmer sämtliche Postkontenstellungen einzeln gegen. Unter Kreuzband dringen die Druckkosten, Österreich, Ungarn, Serbien, das Saar- u. Memelgebiet (sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens) 10 RM. für das übrige Ausland 27 RM. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 90 RM. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Weite Straße 60.

Die abgesetzte Kassenrollen über deren Raum kostet 5.- RM. einschließlich Steuerungsgebühr. Kleiner Katalog: Das festgedruckte Wort 2.- RM., jedes weitere Wort 1,50 RM. einschließlich Steuerungsgebühr. Einzelne Ausgaben laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 5,20 RM. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 RM., jedes weitere Wort 1.- RM. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Rundgebung zur politischen Lage

## An die Partei!

Unter dem Zwang der Verhältnisse hat die Regierung Wirth-Bauer-Schiffer sich dem Ultimatum der Entente unterworfen. Damit ist die größte Gefahr zunächst gebannt, jedoch noch nicht beseitigt. Jetzt kommt es auf die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen an.

Soweit dabei die wirtschaftlichen Leistungen in Betracht kommen, muß ernstes christliches Wollen unverkennbar sein. Für die Kriegsschuldigungen kann sich das deutsche Volk bei den alldeutschen Kriegstreibern aller Schattierungen bedanken. Die Profile der Industrie, des Handels und des Großgrundbesitzes sind deshalb rücksichtslos für die Zahlungen an die Entente-Mächte heranzuziehen.

Die Aburteilung der Kriegsverbrecher darf nicht länger von reaktionären Kriegsverbrechern selbst oder deren politischen Zubehörern labortiert werden.

Die Entwaffnung ist nach den übernommenen Verpflichtungen durchzuführen. Der Widerstand der bayerischen Orgel-Regierung ist zu brechen.

Das deutsche Proletariat muß sich bereit machen und bereit halten, seine ganze geschlossene Macht einzusetzen für das ehrliche Gemüth Deutschlands, die wirtschaftlichen Entente-Bedingungen zu erfüllen und für die reiflich durchführbare Entwaffnung und Aburteilung der Kriegsverbrecher.

Das deutsche Proletariat darf sich nicht auf die Regierung oder auf die Regierungsparteien verlassen. Denn die Regierung Wirth-Bauer-Schiffer ist eine kapitalistisch-rechtssozialistische Regierung.

### Wie kam es überhaupt zu dieser Regierung?

Die rein kapitalistische Regierung Lehrenbach-Simons war in dem Augenblick gelassen, wo sie sich der Entscheidung darüber nicht mehr entziehen konnte, die Verantwortung für die Politik ihrer Klassen zu übernehmen. Die kapitalistischen Parteien brachten keine neue Regierung aus ihren Reihen zustande.

Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei hatten nicht den Mut, des Ultimatum der Entente, das die Folge ihrer eigenen verbrecherischen Kriegspolitik ist, zu unterzeichnen, in der Hoffnung, daß andere Parteien ihnen diese undankbare Aufgabe abnehmen würden. Das Zentrum und die Demokraten schwankten zwischen Annahme und Ablehnung hin und her.

Der gelamte Hof der kapitalistischen Parteien erwies sich als unfähig, eine neue Regierung zu bilden, weder eine Regierung für noch eine gegen das Ultimatum der Entente. Alle diese Parteien mußten, daß Deutschland den Gewaltmaßnahmen der Entente nicht mit militärischen Mitteln begegnen kann, aber alle fürchteten das Obium der Unterzeichnung.

In dieser Situation mußte die Sozialdemokratie den Hof der kapitalistischen Parteien vor die Alternative stellen, anzunehmen oder abzutreten und dem sozialistischen Proletariat die Regierungsbildung zu überlassen. Statt dessen ließ sich die rechtssozialistische Partei bewegen, gemeinsam mit Zentrum und Demokraten eine Koalitionsregierung zu bilden.

Die Rechtssozialisten wandten sich an die Unabhängige Sozialdemokratie mit der Frage, ob sie bereit wäre, mit ihnen und mit dem Zentrum in eine Regierung einzutreten. Die Unabhängigen Sozialdemokraten mußten ihre Beteiligung an einer kapitalistisch-sozialistischen Regierung aus grundsätzlichen und praktischen Gründen ablehnen.

Eine kapitalistisch-sozialistische Regierung kann nicht im Sinne des Sozialismus wirken. Die Kapitalisten haben sich innerhalb einer solchen Regierung noch immer durchgesetzt, weil sie, gestützt auf ihre wirtschaftliche Macht, die Sozialisten daran hindern, sich die nötigen Machtpositionen zu schaffen. Die Kapitalisten dulden die Sozialisten allenfalls in der Regierung, um Teile des Proletariats zu verwickeln, zu täuschen, vom Wege des Klassenkampfes abdrängen und so das gesamte Proletariat zu zersplittern, zu demoralisieren und zu beherrschen. Sie werden sich Kapitalisten mit Sozialisten netzen, um sich mit Hilfe von Sozialisten selbst zu besteuern. Zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus gibt es kein Mittlere, sondern nur ein Siegen oder Unterliegen.

Wer auch nur Teile des Proletariats durch eine Koalition mit kapitalistischen Parteien bindet, härt den Kapitalismus und hemmt die Fortführung der sozialen Revolution. Das hatte auch das Zentrum klar genug erkannt, so daß es einer Aufnahme von Unabhängigen Sozialdemokraten von vornherein rundweg ablehnte. Den Rechtssozialisten konnte diese Stellung des Zentrums

nicht unbekannt geblieben sein, weshalb sich ihr Antrag an die Unabhängigen Sozialdemokraten nur als ein parteifaktisches Agitationsmanöver darstellt.

Die Unabhängige Sozialdemokratie beschränkte sich nicht auf die Ablehnung der Teilhaberschaft an der rechtssozialistischen Koalitionsregierung, sie nahm darüber hinaus positive Stellung zur gegebenen Situation und machte den Rechtssozialisten den konkreten Gegenvorschlag:

„Wir sind zur Bestellung an einem rein sozialistischen Kabinett unter noch näher zu vereinbarenden Bedingungen bereit. Jeder Hinzuziehung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sowie der USA und der auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Beamtenorganisationen sind wir bereit, zu beraten.“

Auf diesen Gegenvorschlag haben die Rechtssozialisten keine Antwort gegeben! Statt mit ihren Klassengenossen eine geschlossene Front des Proletariats zu schaffen, bildeten sie mit kapitalistischen Parteien — Zentrum und Demokraten — eine neue Koalitionsregierung.

Die Rechtssozialisten brachten diesmal wieder, wie im Juni 1920, nicht den Mut auf zu einer rein sozialistischen Regierung unter Heranziehung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der USA und der auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Beamtenorganisationen. Die Rechtssozialisten verjagten abermals in einer Situation, wo der Zusammenbruch der kapitalistischen Politik sich offenkundig hatte.

### Was bedeutet der Vorschlag der Unabhängigen Sozialdemokraten?

Eine rein sozialistische Regierung, die sich auf die 10 bis 12 Millionen Männer und Frauen in den sozialistischen Parteien, in dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, in der USA und in den auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Beamtenorganisationen stützt, hat so festen Grund unter den Füßen, wie keine andere Regierung in Deutschland. Mit raschen entschlossenen und wirksamen Maßnahmen im Sinne des Sozialismus wird sie sehr schnell das gesamte Proletariat für sich gewinnen. Dann wird sie sich gegen die kapitalistischen Parteien kämpfend durchzusetzen vermögen, und das Proletariat wird sich den Besitz der Macht sichern zur Verwirklichung des Sozialismus.

Diese Möglichkeit ist durch die Politik der Rechtssozialisten wiederum vereitelt. Das Resultat ist eine Regierung, in der die Rechtssozialisten in hoffnungsloser Minderheit sind und in der der kapitalistische Einfluß noch weiter verstärkt werden soll. Das Zentrum wäre ohne die Demokraten nicht in die Regierung gegangen. Die Demokraten wollten nicht ohne die Deutsche Volkspartei in die Regierung eintreten. Die Deutsche Volkspartei wollte wiederum nicht vor der Annahme der Ententebedingungen in die Regierung eintreten. So fand man den Ausweg einer halb fertigen Regierung, die nach der Annahme der Ententebedingungen durch Vertreter der Deutschen Volkspartei vervollständigt werden sollte. Zentrum und Demokraten werden denn auch mit aller Leidenschaft um die Deutsche Volkspartei. Und die Streikmänner wollen mehr als gern. Nach dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung werden die Rechtssozialisten entweder völlig bedeutungslos werden oder wieder ihr Bündel schnüren müssen.

Daß sich ein raffiniertes Spiel mit den Lebensinteressen des Proletariats überhaupt gespielt werden konnte, dafür sind die Rechtssozialisten in erster Linie verantwortlich.

Frankreich liegt auf der Dauer, um beim ersten Stößen in der Erfüllung der Verpflichtungen seine Soldaten marschieren zu lassen. Im Osten ist die Kriegsgefahr nicht minder drohend.

Die Deutschnationale Volkspartei hat die Führung übernommen, um die Ra-Regierung zu stützen.

Diesem Treiben darf das Proletariat nicht tatenlos zuschauen.

Das Proletariat erwartet ja doch nicht nur die lokale Erfüllung der Ententebedingungen, es fordert endlich auch die Einlösung längst fälliger Versprechungen, es fordert die Verwirklichung wirksamer Maßnahmen gegen die Verelendung, es fordert die Befestigung und Erweiterung politischer Rechte.

### Dringende Maßnahmen

sind zunächst folgende nötig:

1. Direkte und weitgehende Heranziehung der Gewinne der Industrie, des Handels und des Großgrundbesitzes für die finanziellen Leistungen an die Entente-Mächte.

2. Restlose Durchführung der Entwaffnung, Aburteilung der Kriegsverbrecher.

3. Mannschaffserwerb für alle nach dem Friedensvertrag zulässigen bewaffneten Formationen aus den Reihen der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten. Bestellung politisch zuverlässiger Führer.

4. Herbeiführung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Völkern.

5. Erlass einer Amnestie für alle Straftaten, die aus politischen Beweggründen verübt worden sind. Aufhebung des Ausnahmezustandes in allen Gebieteilen Deutschlands. Beseitigung der Sondergerichte.

6. Durchführung der Sozialisierung, beginnend auf dem Gebiete des Bergbaues, der Energieerzeugung — Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität —, Weiterführung der Sozialisierung der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswesens sowie anderer hochentwickelter Industrien.

7. Ueberführung des Großgrundbesitzes und der großen Forsten in gesellschaftliches Eigentum. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung von Genossenschaften zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen.

8. Sicherung der Lebensmittelversorgung. Schürffe Bekämpfung des Lebensmittelwuchers.

9. Umfassende soziale Fürsorge, insbesondere für Arbeitslose, Witwen, Waisen, Rentner und Kriegsbeschädigte. Beschaffung von Arbeit, besonders durch Herstellung von Wohnungen. Anpassung der Löhne, Gehälter, Renten und Unterhaltungen an die Kosten der Lebenshaltung. Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.

10. Vergesellschaftung aller öffentlichen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Essentielle Einheitschule mit weltlichem Charakter. Die Schule ist nach sozialistisch-pädagogischen Grundfäden auszugestalten, die Erziehung mit der materiellen Produktion zu verbinden.

Dem Chauvinismus, der Schürfung des Völkerrasses, der Kriegshetze muß das Proletariat seine Forderungen nach Frieden und Arbeit, nach Erweiterung und Sicherung seiner wirtschaftlichen Rechte entgegensetzen. Hier handelt es sich um Forderungen, die von allen sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen vertreten werden müssen, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen wollen.

Die Regierung Wirth-Bauer-Schiffer hat sich außerstande erklärt, mit einem Programm vor den Reichstag zu treten. Nun, hier ist ein Programm. Bescheiden genug und sofort durchführbar. Mindestforderungen, auf die das Proletariat nicht länger verzichten darf.

Wieder haben die kapitalistischen Parteien die Rechtssozialisten zur Verschleierung des kapitalistischen Bankrotts zu benutzen vermocht. Aber auch dieser Versuch, das Leben des Kapitalismus zu verlängern, wird scheitern, weil der Kapitalismus seine historische Aufgabe erfüllt hat, weil er vom Sozialismus abgelöst werden muß, damit die Menschheit endlich zu Frieden, Wohlfahrt und Glück gelangt.

Bald wird erneut die Frage zu beantworten sein: rein kapitalistische Regierung oder rein sozialistische Regierung. Kein kapitalistische Regierung bedeutet: Krieg, Gewaltfrieden, Arbeitslosigkeit, Massenelend, Hunger, Not und Tod.

Eine rein kapitalistische Regierung regiert gegen die Interessen des Proletariats, das heißt gegen die Interessen der ungeheuren Mehrheit der Gesellschaft.

### Dem Proletariat bleibt keine Wahl; es muß seine Geschichte entschlossen selbst in die Hand nehmen

Kein Bruderkrieg mehr im Interesse politischer Wirrköpfe und bolschewistischer Abenteurer! Keine Preisgabe des Erstgeburtserbes der sozialistischen Revolution für das Pflanzgericht des national-sozialen Reformismus!

Und nun: schafft Klarheit über die Situation in allen Kreisen des Proletariats, propagiert die hier aufgeschriebenen Forderungen und helfe uns bei der Bildung der geschlossenen Front des Proletariats für den revolutionären Klassenkampf.

Berlin, den 12. Mai 1921.

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.



# Der Streik in England

London, 13. Mai.

Wie die Wittern melden, haben die Bezirksräte von Glasgow und Westschottland des Nationalverbandes der Eisenbahner beschlossen, heute Abend in den Ausstand zu treten, um die Wiedereinstellung von Eisenbahnern zu erzwingen, die infolge ihrer Weigerung, Kohlen zu befördern, entlassen worden waren. Dieser Beschluß ist ohne Genehmigung des Vollzugsausschusses der Eisenbahner gefaßt worden, der heute mit dem Vollzugsausschuß des Transportarbeiterverbandes zusammentritt, um gemeinsam über die in der Kohlenfrage zu befolgende Politik zu beraten.

Der Eisenbahnerverband hat beschlossen, den Transport unpunktieller und von Streikbrechern perladener Kohle zu verweigern.

EW. London, 13. Mai.

Die Heizer und Raschföhrer der Lokomotiven weigern sich nunmehr im ganzen Lande, auf Grund eines Beschlusses der Verbandsleitung, Streikbrecherkohle zu transportieren oder zu verladen. Es handelt sich hierbei um Kohle, die von nichtorganisierten Arbeitern verarbeitet wurde. Auf die Drohung der Regierung antwortete die Gewerkschaftsleitung, daß sie eine etwaige Bestrafung ihrer Mitglieder mit allen Mitteln, selbst mit dem Streik, zu schützen sich verpflichtet fühle.

„Daily Herald“ erklärt, daß das Einschmuggeln von Auslandskohle keinen Zweck habe, denn die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerke würden solche Kohle doch nicht bearbeiten. In Green wich haben sich die Arbeiter tatsächlich geweigert, deutsche Kohle zu verarbeiten. Die Vertreter der Gewerkschaften verlangen vom Arbeitsminister die bindende Erklärung, daß in Greenwich nur englische Kohle verarbeitet werde. Wenn den Arbeitern nicht nachgegeben werde, hätte ganz London unter dem Streik zu leiden und der Trambahndienst würde in Unordnung geraten.

Am 10. Mai waren im Vereinigten Königreich 1920 500 Arbeitslose und 1 077 900 Kurzarbeiter verzeichnet. In den obigen Zahlen sind die im Streik befindlichen 1 200 000 Bergleute nicht enthalten.

London, 13. Mai.

Lloyd George gab vor einer Abordnung von Mitgliedern des Parlaments, die ihm Entschuldigungen unterbreiteten, in denen eine sofortige Aktion gegen die Agitatoren gefordert wird, die von auswärtigen Revolutionären bezahlt oder unterstützt werden, um internationale Unruhen herbeizuführen, den Ernst dieser Frage zu. Er versicherte der Abordnung, daß sorgfältige Nachforschungen angestellt werden sollten, um wenn nötig, eine Aktion zu unternehmen. Wenn die Vollmachten der Regierung zu diesem Zwecke für nicht ausreichend befunden werden sollten, werde die Regierung nicht zögern, sich selbst an das Parlament zu wenden.

Auch diese Bolschewistenschereien werden der englischen Regierung nichts helfen. Die große Bewegung der englischen Arbeiterschaft entspringt ganz anderen Ursachen, als der Agitation „auswärtiger Revolutionäre“. Wie sie sich zunächst weiter entwickelt, wird erst zu erkennen sein, wenn das Ergebnis der gemeinsamen Tagung der Eisenbahner und Transportarbeiter vorliegt, die gestern stattfand.

## Das Frauenwahlrecht

Bei den letzten Wahlen sind in 18 Wahlkreisen die Stimmen für männliche und weibliche Wähler getrennt abgegeben worden. Nach den amtlichen Mitteilungen des statistischen Reichsamtes haben sich die abgegebenen Stimmen folgendermaßen auf die einzelnen Parteien verteilt:

	Männer	Frauen
Deutschnationale Volkspartei . . . . .	44 v. H.	56 v. H.
Deutsche Volkspartei . . . . .	49	51
Zentrum . . . . .	41	59
Deutschnationale Partei . . . . .	53	47
S. P. D. . . . .	57	43
U. S. P. D. . . . .	59	41
A. P. D. . . . .	63	37

Dieserigen Parteien, die das Frauenwahlrecht grundsätzlich ablehnen, haben also aus der Gleichberechtigung der Frau bisher den größten Nutzen gezogen. Soweit sich die Machtverhältnisse der Parteien in den Parlamenten widerspiegeln, sind dank der Mithilfe der Frauen die reaktionären Parteien gestärkt worden. Das ist eine für die politische Reife der Frauen recht beschämende Tatsache. Emsige Aufklärungsarbeit ist erforderlich, um die rückschrittlich wirkenden Tendenzen des Frauenstimmrechts auszumergen.

## Sogenannte Eisenbahnräte

Nach entsetzlichen Wehen ist die Reichseisenbahnerverwaltung mit einer Vorlage niedergekommen, die die Bildung eines Reichseisenbahnrates und von Bezirks-eisenbahnräten betrifft. Sie hat diese Vorlage dem Reichsrat gegeben lassen. Danach sollen die Mitglieder der Bezirks-eisenbahnräte zur Hälfte von den Interessensvertretungen des Unternehmertums (Handels-, Landwirtschafts-, Gewerbe- und Handwerkskammer) zu einem Viertel von den Angestellten und Arbeitern gewählt werden, während das letzte Viertel von den Regierungen der Länder ernannt werden soll. Der Reichseisenbahnrat setzt sich in einem bestimmten Zahlenverhältnis aus Mitgliedern der Reichseisenbahnerverwaltung zusammen, wozu eine größere Zahl von Vertretern des Reichswirtschaftsrats kommt. Die Zahl seiner Mitglieder soll etwa 50 betragen. Der Aufgabekreis der Eisenbahnräte soll sich auf die Behandlung von Tarif- und Verkehrsangelegenheiten beschränken.

Daß die staatliche Bürokratie nur mit einem Viertel der Mitglieder in den Bezirks-eisenbahnräten vertreten ist, ist schon bedauerlich und erschreckend, aber es ist kein Opfer, denn der Staat hat den Eisenbahnbetrieb durch die Bürokratie ja doch in der Hand. Wie es indes die Vertretung des Unternehmertums die Eisenbahnräte zur Hälfte besetzen und dadurch gemeinsam mit den Stimmen der Staatsvertreter beherrschen soll, während die Vertretung der Arbeiter und Angestellten dadurch völlig zurückgedrängt und überstimmt wird, bedarf noch der näheren Aufklärung. Eine Begründung für dieses seltsame Projekt der Reichseisenbahnerverwaltung liegt bis jetzt noch nicht vor. Sie wird hoffentlich gegeben werden, wenn die Vorlage dem Reichstag zugeht, und dann wird mehr darüber zu sagen sein.

Zu erwähnen ist jedoch, daß neben dieser neuen Organisation zunächst noch die sogenannte ständige Tarifkommission mit 16 Mitgliedern besteht, die gegenwärtig mit der Eisenbahnerverwaltung die Tariffragen behandelt. Ferner gibt es noch einen Sachverständigenbeirat beim Reichsverkehrsministerium, der für technische und Finanzfragen zuständig ist. Er besteht aus 12 Mitgliedern des Reichstags, 12 Vertretern des Reichswirtschaftsrates, 10 Abgeordneten des Reichsanwaltschafts-

ministeriums und 4 Delegierten des Personals. Auch er behandelt Tarifangelegenheiten und hat dafür sogar einen besonderen Tarifauschuß gebildet. Und außerdem hat noch der Reichswirtschaftsrat einen besonderen Verkehrsausschuß aus 24 Mitgliedern eingesetzt. Wir erwarten, daß dieses vielsache Nebeneinander, das natürlich nur zu einem hoffnungslosen Durcheinander und zur Lähmung einer fruchtbareren Erledigung der Eisenbahnangelegenheiten führen muß, mit der Bildung jener neuen Organisation von sogenannten Eisenbahnräten aufhört. Der Geheißwut selbst enthält darüber noch nichts. Die Voraussetzung für ein Aufstehen mit diesen vierlei Ausschüssen und Kommissionen wäre allerdings eine Ausdehnung der Kompetenzen der Eisenbahnräte über den in der Vorlage vorgesehenen Kreis hinaus, eine Regelung, die wir auch aus anderen Gründen für zweckmäßig halten würden. Vor allem aber ist jene merkwürdige Zusammenfügung der Eisenbahnräte, die die Arbeiter und Angestellten zur einflusslosen Minderheit verurteilt, unbedingt zu beseitigen. Die Arbeiter und Angestellten sind für Dekorationszwecke zu schade, Herr Gröner.

## Die Schwerverdiener

Die jetzt täglich erscheinenden Generalversammlungsberichte der großen Industrie- und Bank-Aktiengesellschaften sind äußerst lehrreich. Sie geben in einer Zeit der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Zerrüttung, der Not der Städte und der Not des einzelnen ein Bild ungebrochener Kraft und vor allen Dingen — größter Profitliebigkeit. Tausende und Zehntausende sinken an Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, an der Differenz zwischen Löhnen und Preisen ins Elend — hier aber türmen sich die Gewinne, fließt der Geldstrom in die Taschen derer, die um seine Schaffung keinen Finger krümm gemacht haben. Es ist eine der entsetzlichsten Vorstellungen unserer Tage, daß die Ungunst der allgemeinen Verhältnisse, die auf dem Proletariat bis weit in die Kreise des Mittelstandes hinein lastet, sich für die Kapitalisten als wahres goldenes Zeitalter erweist.

Es scheint, daß selbst anständige Menschen unter den Kapitalrentnern sich schämen, dauernd den aus dem Gut und Blut des Volkes gezeichneten Kammon als selbstverständlich einzubehalten. Vielleicht schiebt einzelnen von ihnen doch der Gedanke durch den Kopf, daß diese Summen erkaufte werden mit zunehmender Verelendung der Arbeiterklasse, mit langamer körperlicher und geistiger Zerrüttung des Volkstums, der diese Werte schafft. Aus solchen Erwägungen heraus mag wohl ein Aktionär der Mitteldeutschen Creditbank in Frankfurt in der Generalversammlung seiner Gesellschaft zu dem Antrag gekommen sein, aus dem Reingewinn statt der vier Millionen der außerordentlichen Rücklage nur zwei Millionen zugumweisen und zwei Millionen Raab an die Angestellten als besondere außerordentliche Gratifikation zu verteilen. Der Antrag wurde — natürlich — mit der Begründung, daß die Bank nur gemeinsam mit der Organisation über derartige Fragen beschließen könne, gegen 10 Stimmen abgelehnt. Ueber diese Begründung braucht man sich weiter nicht aufzuhalten. Die Herren drängeln sich doch sonst nicht so nach Verhandlungen mit den Organisationen. Oder glaubt jemand in der Erste, daß eine der Bankbeamtenorganisationen etwas dagegen einzuwenden hätte, wenn man ihren Mitgliedern aus übermäßigen Profiten außerordentliche Gratifikationen bewilligt?

Dah ein anderer Antrag derselben Seite, den Kosten „Unkosten“ wie früher näher zu spezialisieren (etwa in Gehälter, Geschäftsunkosten, Tantiömen, Steuern um.), ebenfalls mit der Begründung, dies sei nicht zweckmäßig, abgelehnt wurde, rundet nur das Bild dieser krupellosen Verdienner. Was alles unter dem Posten Unkosten, etwa an Tantiömen, noch in die Taschen der Aktionäre und der höheren Betriebsleiter fließt, darf die Welt nicht erfahren. Dieser Beschluß bestätigt nur, daß die Gewinne des Industrie- und Bankkapitals weit höher sind und daß sie auf dem Wege der Abschreibungen, Rücklagen und Unkosten einfach verschleiert werden.

So ergibt sich denn das gegenwärtige Bild: die Volkstrübsucht dahin, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und Angestellten erschwert sich immer mehr, während die Profite steigen und mit allen geistlichen und ungeistlichen Machenschaften noch künstlich in die Höhe getrieben werden. Wie sich wohl der Aufsichtsrat der Drenstein u. Koppel A. G. zu dem Antrage der Betriebsräte des Konzerns, aus dem Reingewinn 5 Millionen für die Arbeiter und Angestellten auszuscheiden, verhalten wird? Wir fürchten, er wird an sozialer Einsicht nicht hinter den Herren Aktionären der Mitteldeutschen Creditbank zurückbleiben.

## Ein Kanzlerkandidat

In den kritischen Tagen dieser Woche ist auch dem Kölner Oberbürgermeister Adenauer der Kanzlerposten angeboten worden. Es wurde darauf berichtet, daß Adenauer die Annahme des Postens von der Abschaffung des Aktivistentages und dem Verzicht auf die Sozialisierung abhängig gemacht habe. Jetzt stellt sich heraus, daß Adenauer wirklich ähnliche Bedingungen gestellt hat. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in einer auf diese Angelegenheit bezüglichen Meldung:

„Hierzu wird von zuständiger Seite erklärt, daß Adenauer folgende Bedingungen gestellt habe: Bei Bedarfs-Hinzufügung einer neuen Arbeitsstelle für alle Arbeiter und Personen, soweit und solange es nötig ist, um den Haushaltsplan ins Gleichgewicht zu bringen und die Forderungen des Verbandes zu befriedigen. Er hat ferner Zurückstellung der Sozialisierungsfrage bis auf weiteres verlangt.“

Das könnte allerdings der Bourgeoisie so passen. Sie sendet ihre Männer in die Regierung, unterschreibt das Ultimatum, brüskt sich mit der Verantwortung — wagt aber zugleich die Lasten, die daraus entstehen, auf die Arbeiter zu schieben.

Ist das politisch eine Unverschämtheit, die Staunen erregt, so ist es vollends unklar, wie sich Herr Adenauer, der doch in der Tat nicht der erste beste Schwächer ist, die Sache so nomisch und sozial vorgestellt hat. Ihm kann doch nicht unbekannt sein, daß es in Deutschland Arbeitslose gibt, und gar nicht wenig. Will er sie auf der Straße und die anderen, die übrigens auch zum großen Teil kurzarbeiten müssen, neun Stunden im Betrieb lassen? Will er gar auf solche Art die Gefahr größerer Arbeitslosigkeit heraufbeschwören? Oder soll der Bedarfsfall erst dann als eingetreten gelten, wenn alle Arbeitslosen in den Betrieben untergebracht sind? Das würde bedeuten, daß der Aktivistentag der Arbeiterschaft in dem Augenblick genommen wird, da sie zum ersten Male in den vollen Genuß dieser Einrichtung kommen würde.

## Schließung von Lungenheilstätten

Genosse Dr. Moses hat folgende Anfrage an die Regierung gerichtet: Gesamtvorstand und Aufsicht der Landesversicherungsanstalt Berlin haben einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Die Kosten der freiwilligen Beitrittsleistungen der Landesversicherungsanstalt Berlin auf dem Gebiete der vorbeugenden Kranke- und Heilungsmaßnahmen sind durch die enorme Steigerung der Ausgaben für Lebensmittel, Löhne, Gehälter und Materialien aller Art, insbesondere für Kohlen, derartig hohe geworden, daß sie aus den laufenden Einnahmen nicht bestritten werden können und bereits seit längerer Zeit eine starke Minderung des Vermögens der Landesversicherungsanstalt Berlin herbeigeführt haben. Wenn die Landesversicherungsanstalt Berlin trotzdem bislang alle ihre Fürsorgeeinrichtungen uneingeschränkt aufrecht erhalten hat, so hat sie dies in der bestimmten Erwartung getan, daß seitens der Reichsregierung die notwendigen Schritte zur Abhilfe des Kostandes getan werden würden.

Zu dieser Erwartung war die Landesversicherungsanstalt Berlin um so mehr berechtigt, als der Reichstag in einer Resolution die Reichsregierung ersucht hatte, geeignete Maßnahmen zur Beseitigung des Kostandes so rechtzeitig vorzubereiten, daß dieselben am 1. Juli in Kraft treten können. Obwohl nun bei der Landesversicherungsanstalt Berlin eine Einschränkung ihrer Fürsorgeeinrichtungen um die Hälfte bereits dadurch eingetreten ist, daß sie den Umfang dieser Maßnahmen trotz der durch die Eingemeindung herbeigeführten Verdoppelung der Zahl ihrer Versicherten nicht vergrößert hat, so ist die Landesversicherungsanstalt Berlin zu ihrem lebhaftesten Bedauern zur weiteren Einschränkung ihrer vorbeugenden Maßnahmen gezwungen. Gesamtvorstand und Aufsicht der Landesversicherungsanstalt Berlin beschließen daher: 1. die Kinderheilstätte Lichtenberg wird aufgelöst, 2. die gesamte Zahnfürsorge wird eingestellt, 3. die Zahl der Betten der Arbeiterheilstätte Beelitz wird bis auf 300 bis 400 Betten für Lungenkranke eingeschränkt, falls nicht bis spätestens zum 1. Juli geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der Kostlage herbeigeführt sind, 4. alle sonstigen Fürsorgeeinrichtungen bleiben bis auf weiteres bestehen.

Dieser Beschluß der Landesversicherungsanstalt bedeutet eine Rückwärtsentwicklung auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung! Was gedenkt die Regierung zu tun, um die Auflösung der Kinderheilstätte Lichtenberg zu verhindern und die Heilstätte Beelitz in vollem Umfange aufrecht zu erhalten? Es muß unbedingt gefordert werden, daß die Regierung sofort die Mittel zur Verfügung stellt, um eine schwere Schädigung der Tuberkulosebekämpfung zu verhindern.

## Hochverratsklage gegen die „Rote Fahne“

Das Reichswehrministerium teilt mit: Die in der „Roten Fahne“ Nr. 218 vom 13. 5. 21 morgens unter der Ueberschrift „Reichswehrputsch gegen Oberbefehl“ veröffentlichten 6 angeblichen „Befehle“ des Reichswehrministeriums sind vom ersten bis zum letzten Worte gefälscht, die an sie geknüpften Folgenungen demzufolge unwahr. Das Reichswehrministerium wird gegen die „Rote Fahne“ wegen Hochverrats vorgehen.

Wir raten dem Reichswehrministerium, den Säbel wieder in die Scheide zu stecken und auf alle militärischen und politischen Vorbeeren zu verzichten.

Weller teilt das Reichswehrministerium dann mit: Die angeblichen Befehle des Reichswehrministeriums in der „Roten Fahne“ vom 13. Mai morgens haben eine rasche und eigenartige Aufklärung erfahren. Wie der Untersuchungsrichter des Reichsgerichts mitteilt, ist der Buchhalter Wozniowski, ein polnischer Agent, gegen den ein Verfahren wegen Landesverrat schwebt, geständig, diese und andere Befehle selbst hergestellt, photographiert und die Photographien dieser Fälschungen als echte Befehle der polnischen Regierung übermitteln zu haben. Die Photographien befinden sich bei den Gerichtsakten.

## Die Garantiekommision

Paris, 13. Mai.

Der „Intransigent“ schreibt, daß die Vereinigten Staaten bereits zur Teilnahme zu der Ende Mai nach dem Londoner Abkommen zu errichtenden Garantiekommision eingeladen worden seien. Die Kommission wird ihren Sitz in Paris und Vertretungen in Deutschland haben. Das Blatt glaubt zu wissen, daß bereits eine prinzipielle Einigung darüber erzielt sei, den Vorsitz dem französischen Vertreter Tannery zu übertragen. Tannery ist bei den letzten Konferenzen in London über die Reparationsfrage als Finanzsachverständiger aufgetreten. Während des Krieges war er Leiter des wirtschaftlichen Auskunftsvereins im Kriegsministerium.

Die Reparationskommission beschäftigt sich nach dem „Temps“ gegenwärtig mit der Ausföhrung der Artikel 5, 6 und 7 des Londoner Zahlungsplans. Jedes der im Reparationsauschuß vertretenen Länder soll durch seinen Vertreter besonders die betreffenden Fragen bearbeiten.

## Die Zollabgabe bleibt

London, 13. Mai.

Im Unterhause teilte Chamberlain mit, daß die Regierung es für unzulässig halte, das Gesetz betr. die Zollabgabe auf die deutsche Ausfuhr auszuheben oder solange ruhen zu lassen, bis sie weitere Erfahrung gemacht hätte über die Wirkung der Bedingungen, denen Deutschland zugestimmt habe. Der Zollsatz werde auf 26 Prozent herabgesetzt und dieser in England erhobene Zollsatz werde an die Stelle der allgemeinen Abgabe auf alle deutschen Exportgüter treten, nicht aber eine Vermehrung der Abgabe bedeuten.

## Die französischen Gewerkschaften und die Kommunisten

Die Tagung des Nationalrates

Der Nationalrat der Gewerkschaften, der heute morgen seine Beratungen über die innere Lage im Gewerkschaftswesen, über die wir gestern berichteten, beendet hat, hat eine Minderheitsresolution Roumieu'seuz, die das Vorgehen des Verwaltungsrats verurteilt, abgelehnt, jedoch die Resolution des Verwaltungsrats angenommen und zwar in ihrem grundsätzlichen Teil mit 80 gegen 33 Stimmen. Der zweite Teil der Resolution, der den ursprünglich für September vorgesehenen Gewerkschaftskongreß auf den Monat Juli vorzudatieren, wurde mit 68 gegen 53 Stimmen angenommen.

Ärteres über den Inhalt der Beschlüsse ist noch nicht bekannt. Jedoch ist durch sie die Klärung der inneren Lage der Gewerkschaften dem Gewerkschaftskongreß anheimgegeben worden.

Begutachtung des Arbeitsnachweises durch den R. M. R. Am 12. Mai wählte der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats eine Kommission, die von der Reichsregierung dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung zugelassenen Entwurfs eines Arbeitsnachweises vorberaten soll.



Groß-Berlin

Die Taschen zu!

Gute, billige Apfelsinen — sind für uns Proleten ein seltener Genuss, da es solche — zurzeit überhaupt nicht gibt. Wertwüchsig! Kaum haben wir eine neue Regierung, tauchen plötzlich — herrliche Orangen à Stück eine Mark auf. Schwarz und dicht umlagert die launlustige Masse der Bürgerinnen und Proleten die Wagen. Einige Frauen spendieren sich gleich drei Stück, um zu Hause den Kindern eine Freude zu machen. Zufällig war ich Zeuge, wie die wunderschönen Orangen nach dem ersten Hineinbiss — lange, enttäuschte Gesichter hervorzauberten; noch einige Sekunden, und die Orangen lagen im Müllimer. Es werden jetzt Tausende von diesen — bitteren (galabitterten) Orangen — als Apfelsinen in den Arbeitervierteln verkauft. Gewissenlose Händler betreiben ihre Klaffenrenten auf eine unanständige Art und Weise und entwickeln sich in wenigen Wochen zum Kapitalisten. Einem Kriegsverleihen, der auch solche Orangen kaufen wollte, wurde vor einigen Tagen von einem Händler geraten: „Nensch, loof den Dred nich — die kannst nich fressen, die sind janz bitter.“ Der edle Mensch befürchtete wohl, daß sein Wagen Kopf geplatzt werden würde — aber war es menschliches Mitgefühl, was ihn veranlaßte, das Geschäft nicht abzuschließen.

Die Eröffnung des Freibades Erkner

beginnt am 15. Mai. Die Gemeinde Erkner hat dieses Jahr keine Mittel gelassen, um den Besuchern den Aufenthalt im Freibade so angenehm wie möglich zu gestalten. Durch Errichtung eines Springbrunnens mit drei Sprungbrettern ist auch den verwöhnten und guten Schwimmemen Rechnung getragen. Das Freibad ist vom Bahnhof Erkner in 10 Minuten zu erreichen. — Arbeiter, Arbeiterinnen, jeder einzelne von euch wird sich wohl für den einen oder anderen Sport interessieren, aber wohl werden die meisten erkannt haben, daß der Schwimmsport der beste und gesundeste für den Körper ist. Um all die Alltagsorgen zu vergessen, laßt man sich ein Pläuschen mit recht abwechslungsreicher Natur. Diese Gelegenheit bietet das Freibad am Dämmersee, mit seinen romantischen Ufern eine dauernde Abwechslung für Auge und Gemüt. Ein Besuch des Freibades am Dämmersee ist deshalb für das Proletariat empfehlenswert.

Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters

(\*\*) Die ersten zehn städtischen Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Prof. Richard Dögel, finden am Donnerstag, den 19. Mai, den 2. Juni und 16. Juni in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10-11; Freitag, den 20. Mai, den 3. Juni und den 17. Juni in der Brauerei Hapoldt, Hasenheide 228; am Montag, den 20. Mai, in der Brauerei Königstadt und am Montag, den 20. Juni in der Philharmonie, Bernburger Str. 223; am Dienstag, den 31. Mai und den 14. Juni in der Brauerei Hapoldt, statt. Beginn der Konzerte 8 Uhr. Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten findet statt bei A. Wertheim, Leipziger Straße, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelauer 15, im Zigarrengeschäft von Horch und in den betreffenden Konzertsälen. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 1,50 M. und das Programm 25 Pf. Kasseneröffnung 7 Uhr. Die Programme werden rechtzeitig veröffentlicht werden.

Pfingst-Freihverkehr der Straßenbahn. An den beiden Pfingstfeiertagen läßt die Große Berliner Straßenbahn auf ihren Hauptlinien Wagen im Frühverkehr laufen, die zum Teil schon bald nach 4. meilstens aber etwa um 5 Uhr den Betrieb aufnehmen. Es fahren z. B. zum Steintor Bahnhof Linie 10 E von Weissenhof, Knechtelstraße, 5,27, Linie 61 E von Marburgplatz 4,6, Linie 68 von Lichtberg, Siegfriedstraße, 4,47, Linie 22 von Alexanderplatz nach Neukölln 8,12, Linie 49 E von Alexanderplatz nach Nordend 5,12, Linie 85 von Alexanderplatz nach Treptow 5,20 (alle 20 Minuten), Linie 86 vom Spittelmarkt nach Treptow 5,60, Linie 90 vom Hallesches Tor nach Treptow 5,04. Die Abfahrt erfolgt im allgemeinen alle 15-20 Minuten. Linie 22, 51 E, 68, 85 und 90 fahren die Frühwagen nur am 1. Feiertag.

Der Verkehr auf den Eisenbahnen hat sich in den letzten Tagen etwas gehoben, aber keineswegs die Höhe anderer Jahre erreicht. Die Tarifierhöhungen wirken lähmend auf den Verkehr und führen nach und nach zu einer Einschränkung der Fahrten und des Verkehrs. Statt einer Zunahme kann man überall entweder einen Stillstand oder einen Rückgang beobachten. Falls die beschlossenen Tarifserhöhungen zum 1. Juni in die Tat umgesetzt werden, ist

ein weiterer ganz erheblicher und dauernder Rückgang des gesamten Verkehrs sicher zu erwarten.

Beschwerden über Wohnungsämter. Auf Anordnung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin sind fünfzig Einprüfungen gegen Verfügungen oder Entscheidungen eines Bezirkswohnungsamtes der neuen Stadtgemeinde oder über die Geschäftsführung eines Mieteinigungsamtes im Bezirk derselben nicht mehr unmittelbar beim Oberpräsidenten einzulegen, sondern beim „Hauptamt für das Wohnungswesen“ (Abteilung: Wohnungs- bzw. Mietsachen) als der zunächst zuständigen Dienstaufsichtsstelle. Der Oberpräsident gibt unmittelbar an ihn geleistete Beweisen an das Hauptamt für das Wohnungswesen“ zurück, so daß die Umgehung dieses Amtes die Bearbeitung der Einprüfungen verzögern würde.

Der städtische Haushalt 1921 von Groß-Berlin wird in den nächsten Wochen vordrucken und fertiggestellt werden. Des Kommunalabganges wegen verlangt der Stadtdirektor die Stadtdirektorenversammlung und die Genehmigung der Steuererteilung noch im Juni. Nachdem der unter ganz außergewöhnlichen Schwierigkeiten nachträglich aufgemachte Haushalt 1920 einen Fehlbetrag von 400 Millionen M. erbracht hatte, lag auf der Hand, daß für 1921 nur unter härtester Sparpolitik in allen Ausgaben ein Gleichgewicht hergestellt werden kann. Die ersten Entwürfe liegen jetzt vor. Wenn alle in sie eingeschickten Ausgaben gekürzt werden sollten, so würde nach einer ersten überschläglichen Schätzung im Jahre 1921 der Fehlbetrag sich auf nicht weniger als auf 250 Millionen M. erhöhen. Dieses unmögliche Ergebnis hat den Magistrat veranlaßt, die gesamten Vorschläge einer nochmaligen Bearbeitung unterwerfen zu lassen. Auch in der dieswöchigen gemeinsamen Verhandlung des Magistrats mit den Bürgermeistern der Bezirke ist diese Notwendigkeit eingehend besprochen worden. Die Aufgabe der Bezirke und Verwaltungen der nächsten Wochen wird es sein, in den bisherigen Vorschlägen in höherem Umfange Beschränkungen vorzunehmen, daß das Gleichgewicht des Haushaltes unter allen Umständen erreicht wird. Die Verhandlungen in den städtischen Körperschaften werden im Juni beginnen.

Wegen Arbeitseinschränkung im städtischen Militärbureau hatte die städtische Tarifdeputation einer größeren Anzahl von Hilfsangehörigen dieser Verwaltungseinheiten das Dienstverhältnis seinerzeit zum 31. Dezember 1920 kündigen müssen. Die Hilfsangehörigen haben gegen diese Kündigung auf Grund der Bestimmungen der Verordnung vom 12. Februar 1920 betr. die Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung beim Schlichtungsausschuß Groß-Berlin Beschwerde erhoben und die Aufhebung dieser Kündigung beantragt. Der Schlichtungsausschuß ist in dem Streitverfahren nach Einsichtnahme in die Geschäftsführung des Militärbureaus einmütig zu der Ansicht gelangt, daß eine Streikung der Arbeit im Militärbureau möglich gewesen wäre. Der unterm 24. Dezember 1920 ergangene Schlichtungsspruch erklärte die Kündigungen für ungerechtfertigt und legte der Verwaltung damit die Verpflichtung auf, die Angehörigen über den Kündigungsstermin hinaus weiter zu beschäftigen. Die Tarifdeputation hat den Spruch indessen nicht anerkannt und den Antrag auf Verbindlichklärung abgelehnt. Der Oberpräsident als Demobilisierungskommissar für Groß-Berlin hat darauf durch einen Sachverständigen prüfen lassen, ob im Militärbureau eine Arbeitseinschränkung möglich sei. Die Feststellung dieses Sachverständigen hat ergeben, daß dies nicht der Fall war. Der Oberpräsident hat daraufhin, da im übrigen bei Auswahl der zur Entlassung gekommenen Personen die Richtlinien des § 13 der genannten Verordnung beobachtet worden waren, den Antrag auf Verbindlichklärung mit der Begründung abgelehnt, daß einmal die Arbeiten in dem Familienunterstützungsbureau wegen Rückkehr der Militärpersonen nur noch verhältnismäßig wenig Restarbeiten übrig gelassen haben und daß die Bearbeitung eines einzelnen Aktenstückes durch mehrere Personen natürlich unproduktive Arbeit bedeute. Auch das Fehlen einzelner Aktenstücke, bis der ursprüngliche Bearbeiter wieder Dienst hat, sei unzulässig, schon weil die Unterstützungsempfänger stets in Not sind und also eilig über ihre Ansprüche entschieden werden muß.

Auch ein Akt der Selbsthilfe. Die 21 bzw. 20 Jahre alten Brüder Max und Erich Ulrich, die im Hause Kammerstraße 17 eine Tischlerei betreiben, erschienen gestern abend vor dem Schlichtungsausschuß der Bierbahn, Kammerstraße 22, und leuerten aus zwei mitgebrachten Revolvern blindlings ins Lokal hinein, indem sie riefen: „Drinnen bleiben, alle sind verhaftet!“ Der in demselben Hause wohnhafte Kriminalassistent Schmieden warmerzte die nächste Polizeiwache, die auch sofort mehrere Beamte an den Tatort entsandte. Inzwischen waren die beiden Brüder in das Lokal eingedrungen und hatten auf die flüchtenden Gäste mehrfach geschossen. Erich Ulrich feuerte durch die abgeriegelte Rücktür mehrere Schüsse ab, durch die die 28 Jahre alte Frau Martha Lorge, Kammerstraße 21 wohnhaft, am rechten Fuß verletzt wurde. Ehe noch weiterer Unheil angerichtet wurde, griff die Schutzpolizei zu und schloß die beiden Brüder und die gelovten Gäste des

lokals zur nächsten Wache. Nach Angaben des Max Ulrich ist die Sachlage folgende: Felix Lorge hatte bei den Brüdern Ulrich eine Möbel-Einrichtung bestellt und dazu 2000 Mark angezahlt. Als Lorge jetzt seine Einrichtung holen wollte, sollte er noch 2700 Mark bezahlen. Lorge verweigerte dies und beschloß, zur Selbsthilfe zu greifen. Er holte mit mehreren Freunden die Einrichtung aus der Tischlerei, um sie in seiner Wohnung aufzustellen. Als die Brüder Ulrich davon erfuhr, zogen sie nach dem Lokal von Bierbahn, wo sich Lorge mit seinen Leuten aufhielt.

Gelächelt, gekesselt und ins Bett gekesselt. Gestern nachmittag gegen 5 1/2 Uhr drangen Diebe in die Wohnung des Majors Georg Berner, Wilhelmstr. 1, ein, nachdem sie festgestellt hatten, daß niemand in der Wohnung anwesend war. Als sie gerade bei der besten Arbeit waren, erschien nichtsahnend das 23jährige Dienstmädchen Maria Durkshina. Die beiden Männer fielen über das Mädchen her, inebeln und kesselten es und kesselten es, nachdem sie ihm noch eine Dede über den Kopf gemorren hatten, ins Bett. Dann rafften sie ihre Beute, Eisbeisachen und mehrere Uhren, zusammen und suchten das Weite. Es gelang dem Mädchen, sich einer Stunde zu befreien, worauf es die Polizei benachrichtigte.

Durch eine Explosion verraten. Gestern abend entstand in den Räumen des Kaufmanns Richard Gramsom, Ködstr. 26, eine Explosion. Die herbeigerufene Feuerwehr erbaute zu ihrer Lieberholung eine Geheimbrennerei und benachrichtigte nach dem Abbläsen des Feuers die Kriminalpolizei. Wie sich herausstellte, war ein Behälter bei der Fabrikation von Branntwein geplatzt, und die ausfließende Masse hatte Feuer gefangen.

Aufhebung des städtischen Büchereiaufsichtsverbots. Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, das im November v. J. erlassene Verbot weiterer Neuanschaffungen von Büchern für die Stadtbibliothek und die Volkshochschule sowohl in Berlin wie in den ehemaligen Vorortgemeinden für das neue Haushaltsjahr aufzuheben, jedoch mit der Maßgabe, daß zunächst nur ein Fünftel des im vorigen Jahre für diesen Zweck aufgewendeten Betrages verbraucht werden darf. In der gestrigen Sitzung der Deputation für Volksbildung und Kunstpflege wurde die Aufhebung des bestehenden Verbots mit Genehmigung begrüßt. Die sozialdemokratische Fraktion hat infolgedessen in der Stadtdirektorenversammlung ihren Antrag auf Aufhebung des Verbots zurückgezogen.

Am Pfingstmontag veranstaltet der Musikverein Norden 1895 in der Brauerei Pfeifferberg, Schönhauser Allee, ein großes Lokal- und Instrumental-Festkonzert unter Mitwirkung des Gesangsvereins der Freidenker. Eröffnung 5 Uhr. Konzertbeginn 6 Uhr.

Heute letzter Tag zur Abgabe der Einkommensteuererklärung. Alle, die im Vorjahre ein Einkommen über 10000 M. hatten, müssen die Erklärung abgeben. Diejenigen, die weniger Einkommen hatten, aber die Veranlagungsformulare zugelandt erhielten, müssen diese auch ausfüllen.

3. Verwaltungsbereich (Friedrichshagen). Richtigstellung. Die Fraktionsführung findet Sonnabend, 5 Uhr, im Bürgermeistersimmer, Markstr. 49, statt.

Raubmord in Neukölln

Freitag früh wurde der Zigarrenhändler Fritz Regel in seinem Geschäft im Hause Hohenzollernstraße 8 in Neukölln ermordet und seiner Leiche entleert. Er lag unter dem Lebnistisch und hatte mehrere Stichverletzungen im Kopfe. Allem Anschein nach liegt ein Raubmord vor. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Der überfallene Zigarrenhändler Friedrich Regel wurde gestern nachmittag im Krankenhaus operiert. Dabei wurde von den Ärzten festgestellt, daß er einen schweren Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung erlitten hat. Daraus geht hervor, daß der Täter sein Opfer mit einem stumpfen Instrument, wahrscheinlich einem Hammer, niedergeschlagen hat. Da der Greis noch weiter lebensunfähig darüberliegt und keine Angaben machen kann, muß sich die Kriminalpolizei auf Ermittlungen beschränken, die die bisherigen Zeugenvernehmungen erforderlich gemacht haben. Der alte Mann trug zwei Briefkästen bei sich, eine gelbe in der äußeren Rocktasche und eine schwarze in der inneren Westentasche. Die gelbe Tasche wurde noch bei ihm gefunden und enthielt einige hundert Mark. Die schwarze Tasche, die mehrere Tausend Mark enthalten haben muß, hat der Täter geraubt.

Ein neuer Frauenmord? Heute vormittag gegen 9 1/2 Uhr wurde am Kullen-Weg, gegenüber der Michaelskirche, der Schutzpolizei, ein menschlicher Unterkörper aus dem Wasser gezogen, der anscheinend von einer Frauenteile herührte. Er ist nicht über dem Kopf abgetrennt worden und scheint mit einer Säge durchgeschnitten zu sein. Die Kriminalpolizei ist mit der Aufklärung des Fundes beschäftigt.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermann Bus Kallies Copyright by Der Welt-Verlag Berlin-Göteborg 1921

(Nachdruck verboten) Nun wagte er es, über die Schulter zurückzublicken. Herr Gott stand in sicherer Entfernung. Peter hatte die Faust, wandte sein müdes Kinn gegen den Garten, freischte: „Hol dich der Teufel! Hol dich der Teufel!“ Ein Wirbelsturm ohnmächtiger Wut schüttelte ihn. Er brüllte weitere Schimpfworte und Drohungen, darunter gar festsame, schier ungläubliche Sätze: „Ja, ich bin ein Roter, Gott verdamme deine Seele, ich bleibe ein Roter!“ Ja, Peter Gudge, der Freund des Gefekes und der Ordnung, Peter Gudge, der Bruder der Reichen, brüllte: „Ich bin ein Roter. Eines Tages werden wir dich für dies in die Luft sprengen. War und ich werden eine Bombe unter dich legen!“ Herr Gott wandte sich ab, stolzierte voll verächtlicher Würde zu seiner erregten Gattin zurück. Peter wollte die Landstraße entlang, rief sich die schmerzende rückwärtige Stelle, schluchzte vor sich hin. Nun verstand Peter ganz genau, wie es den Roten zumute war. Diese reichen Parasiten heuten die Arbeitskraft des Proletariats aus, leben allein in Passaten — was taten sie, um dies zu verdienen? Was taten sie für einen armen Menschen, außer daß sie ihn verachteten, ihm hinten Tritte verletzten? Sie waren bössartige Bestien. Jählings sah Peter die Vorfälle der vergangenen Nacht in einer anderen Beleuchtung und wünschte, er hätte die jüngeren Mitglieder der Handelskammer und der Kaufmanns- und Fabrikanten-Bereinigung zusammen mit Herrn Gott vor sich hier, um sie zum Teufel jagen zu können. Und dies war keineswegs eine vergängliche Stimmung. Peters hinterer Teil schmerzte derart, daß er kaum die Fahrt in der Tram zu ertragen vermochte. Den ganzen Weg überlegte er, wie er Herrn Gott strafen könne. Jählings erinnerte er sich, daß Herr Gott Kesse Aldermans Companion sei und daß er, Peter, in Aldermans Haus seine Spionin habe. Peter würde versuchen, gegen Herrn Gott eine Bombenverschwörung zu organisieren. Er wird bei den Radikalen gegen Herrn Gott agitieren, vielleicht gelingt es ihm, etliche J. W. S. zu überreden, sie sollten Herrn Gott

entführen, an einen Baum binden und mit einer schwarzen Schlangengiftschlange prügeln.

65. In derartige Betrachtungen vertieft, begab sich Peter ins American House, wo er am Abend mit Mc Givney zusammenkommen sollte. Peter verfügte sich sogleich ins Zimmer 427, und da er todmüde war, streckte er sich aufs Bett und schlief ein. Als er die Augen öffnete, verneinte er, ein Alpdrück lasse auf ihm, oder aber er sei während des Schlafes gestorben und zusammen mit Herrn Gott in die Hölle gekommen. Jemand schüttelte ihn, sagte ihm an: „Wachen Sie auf!“ Peter öffnete mühselig die Augen, erkannte Mc Givney. Soweit war ja alles in Ordnung, aber warum weckte ihn Mc Givney auf? Was war dies? Mc Givneys Stimme war zornig, Mc Givneys Gesicht dunkel und drohend und — das Allerunglaublichste von allem — Mc Givney hielt einen Revolver in der Hand, richtete ihn gegen Peter! Aldies erzwang Peter, aufzuwachen, er verneinte, er träume noch immer. Es gelang Mc Givney nicht, eine vernünftige Antwort zu erhalten, weil Peters Mund weit offen stand, seine Augen entsetzt in die Revolvermündung starrten. „Mei — ein Go — ott, Mc Givney, was — als ist gesch — eben?“ „Stehen Sie auf!“ rief die der Kattengeschätze und fügte ein gemeines Schimpfwort hinzu. Er rief Peter beim Kopf auf die Beine, hielt noch immer den Revolver nahe an Peters Gesicht. Der arme Peter, vergeblich bestrahlt, seine fünf Sinne zu sammeln, dachte an vielerlei verschiedene Möglichkeiten. War es möglich, daß Mc Givney gehört, wie er sich einen Roten genannt und Herrn Gott beschimpft hatte? Oder hatten die Roten Peter einen Streich gespielt? Oder war Mc Givney einfach verrückt geworden, und Peter befand sich mit einem Wahnsinnigen, der ohnediein noch bewaffnet war, im Zimmer? „Wo ist das Geld, das ich Ihnen unlängst gab?“ fragte Mc Givney und bedachte Peter abermals mit gemeinen Worten. Sofort befand sich Peter in der Defensive. Wie auch immer er sich fürchten mochte, an sein Geld würde er sich stets klammern. „Ja ha — abe es ausge — eben, Herr Mc Givney!“ „Sie lügen!“ „Kein!“ „Sagen Sie mir, wo das Geld ist?“ beharrte der Mann. Sein Gesicht war häßlich vor Zorn, sogar die Mündung

seines Revolvers blühte während drein. Peter behauptete, er habe jeden Cent angegeben. „Befassen Sie sich ein wenig mit ihm, Hammett!“ sagte Mc Givney, und nun erst bemerkte Peter, daß sich noch ein anderer im Zimmer befände. Die Revolvermündung hatte seine Augen derart geblendet, daß er nichts anderes zu sehen vermocht hatte. Hammett war ein großer Kerl, trat auf Peter zu, packte dessen einen Arm, bog ihn nach rückwärts und zerrte ihn an der Schulter herauf. Peter begann zu schreien, und Hammett hielt ihm die Hand vor den Mund. Peter sah ein, nun sei alles aus. Er konnte kein Geld nicht mehr behalten. Da Mc Givney fragte: „Werden Sie es mir jetzt sagen?“ nickte Peter und versuchte durch die Nase zu antworten. Hammett nahm seine Hand fort. „Wo ist das Geld?“ Peter erwiderte: „In meinem linken Stiefel.“ Hammett schnürte den Stiefel auf, zog ihn ab, rief die Oberlohe heraus und fand ein kleines flaches Päckchen, in dem sich die tausend Dollars befanden, die Peter von Mc Givney erhalten hatte, sowie Kesse Aldermans dreihundert Dollars und weitere zweihundert Dollars, die Peter aus seinem Lohn gespart. Hammett schloß das Geld, Mc Givney hefte es in die Tasche und behot Peter, seinen Stiefel wieder anzuziehen. Peter gehorchte mit zitternden Fingern, harrte auf den Revolver und auf das Kattengeschätz. „Was ist gesch — eben, Herr Mc Givney?“ „Sie werden es schon erfahren“, lautete die Antwort. „Jetzt marsch hinunter, hinaus, vergessen Sie nicht, daß ich einen achtstündigen Revolver habe. Wenn Sie auch nur einen Finger rühren, sitzen alle acht Augen in Ihnen.“ Peter, Mc Givney und Hammett begaben sich auf die Straße, bestiegen ein Automobil. Hammett schafferte, Peter sah auf dem Rückfuß neben Mc Givney, der den Revolver in der Tasche hielt, den Finger auf dem Hahn, die Mündung gegen Peter gerichtet. Deshalb befolgte Peter alle Anordnungen, hörte auch auf, Fragen zu stellen, auf die er ohnehin keine Antwort erhielt. Sein tödlich erschöpfener Verstand suchte tastend nach einer Erklärung. Das einzige, was ihm einfiel, war, Guffen habe Joe Gageis Aussagen mehr Glauben geschenkt, als denen Peters. Aber weshalb der Revolver, das ganze Kino gefahren? Peter gab es auf, eine Lösung der Frage zu suchen, und dies war gut, denn was gesch — eben war, konnte weder Peter noch sonst irgend jemand erraten. (Fortsetzung folgt.)

